

Mit Leidenschaft sozialistisch für den Menschen: Aufklären, organisieren, vernetzen

„Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“

Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, S. 385

„Wer nur den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist.“

Lenin: Staat und Revolution, MPB-Ausgabe, S. 69

„Wenn dies richtig ist, so sind Eroberung der politischen Macht und Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln lediglich die notwendige, aber nicht die ausreichende Bedingung einer Transformation der Struktur im sozialistischen Sinne - notwendig, weil jene nachfolgende Umwälzung ohne sie nicht zu vollziehen ist; nicht ausreichend, weil sie sich in dieser Bedingung noch nicht erschöpft.“

Rossana Rossanda: Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch, 1975, S. 81f.

Wo wir stehen – Versuch einer Bestandsaufnahme

Unser Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband (SDS) befindet sich in seinem achten Lebensjahr. Durch vielfältiges, zum größten Teil ehrenamtliches Engagement konnten wir uns als bewegungsorientierter Richtungsverband von und für Studierende etablieren. Mit Nachdruck stritten wir in Bündnissen (Dresden Nazifrei, Castor? Schottern!, Blockupy, Frauen*kampftag, Mietenaktionswoche, Bildungsstreik 2009 und 2014) für revolutionäre Gesellschaftsveränderung. Wir bildeten uns und andere weiter und wurden Ansprechpartner_innen für linksradikale wie linksbürgerliche Aktivist_innen, (teils) Studierendenvertretungen, Gewerkschaften und nicht zuletzt auch die Partei DIE LINKE.

Doch es zeigten sich auch diverse Nachhaltigkeitsprobleme: Neben der hohen Fluktuation im Zuge der Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen frustrierten der frappierende Mangel an solidarischer Streitkultur sowie intransparente Entscheidungsprozesse zahlreiche Genoss_innen. Nicht selten sprangen wir als Bundesverband von einem Projekt oder Bündnis zum nächsten und nahmen uns keine Zeit für langfristige thematische Arbeit, geschweige denn für Selbstsorge. Der Gesamtverband wird oft nur als ein ausführendes Organ von BuVo-Entscheidungen und Kampagnen gesehen, die selten Bottom-Up, sondern Top-Down entwickelt werden. Der Kontakt zwischen lokalen Gruppen und Bundesebene/Bundesvorstand findet selten und ebenso selten systematisch statt. Das Ergebnis ist eine Schwächung unserer innerverbandlichen Demokratie (welche diesen Namen im Gegensatz zur bürgerlichen verdienen sollte). Dazu kommt der Verlust bzw. das gescheiterte Einbinden zahlreicher motivierter Genoss_innen und die vom Bundesverband vollkommen abgekapselte Praxis mehrerer Gruppen.

Wir sollten uns stärker vernetzen und mit weniger Angst vor kontroversen Debatten sozialistische Positionen in breite Bündnisse tragen. Gleichzeitig geht es darum Verantwortung zu übernehmen und Vertrauen bei den Bündnispartner_innen aufzubauen. Das erfordert eine Intensivierung der Diskussion, sowohl in den Bündnissen als auch im Verband, aus der langfristige(re) und vor allem demokratische Bündnis- und Verbandsstrategien resultieren können.

Wir nehmen u.a. das Praxispapier "SDS in Bewegung" des Netzwerkes marx21 (m21) zum Anlass zu einer offenen Verbandsdebatte über die Praxis unseres Verbandes. Wir als Marxistisch-Feministische Gruppe (MFG) im SDS wollen mit dem vorliegenden Gegenentwurf keinen Kommentar des genannten Textes liefern. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder die Verkündung der „wahren Lehre“. Vielmehr sollen folgende Fragen unseren Gegenentwurf leiten:

- Welche Kontroversen sollten wir innerverbandlich und gesamtgesellschaftlich forcieren?
- Welche Rolle nehmen dabei Theoriearbeit und die Hochschule als bedeutender gesellschaftlich umkämpfter Ort ein?
- Welches Verhältnis haben wir zu sozialen Bewegungen und Räumen studentischer Politisierung wie beispielsweise der Verfassten Studierendenschaft?
- Was verstehen wir unter Wirkmächtigkeit und gesellschaftlicher Veränderung?
- Wie antizipieren wir in unserer Organisation menschliche Entfaltung in Überwindung von Konkurrenz, Verwertungslogik und Patriarchat?

Wir wollen im Nachfolgenden unsere Argumentation darlegen, warum wir sozialistische Hochschul- und Wissenschaftspolitik für das zentrale SDS-Politikfeld halten und weiterhin unvermindert für einen Feminismus der Subalternen als Querschnittsthema in Analyse und Praxis streiten. Aktionen, Mitarbeit in Gremien und Bündnissen und politische Bildungsarbeit sollten dabei in einem gesunden Verhältnis stehen; wir wollen sie nicht formalistisch gegeneinander ausspielen. Im Anschluss ziehen wir Schlussfolgerungen für eine zukünftige erstrebenswerte Verbandspraxis.

I. Marxistisch-Feministische Analyse und Praxis als Grundlage emanzipatorischer Politik

„Die Philosophie der Praxis ... ist nicht das Regierungsinstrument herrschender Gruppen, um den Konsens zu haben und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben; sie ist der Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen und die daran interessiert sind, alle Wahrheiten zu kennen, auch die unerfreulichen ...“

Antonio Gramsci, Gef 6, S. 1325

„Eine allgemeine Politik, die [...] den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung [...] auf eine Weise in den Mittelpunkt rückt, dass andere Unterdrückungsfragen wie die Frauenfrage bestenfalls hinten an einen Forderungskatalog angehängt werden, ist fragwürdig. Dies nicht allein deswegen, weil sie mit der Behauptung, Herrschaft an sich abzuschaffen, nicht alle Machtbeziehungen angeht und weil sie also in dieser Weise abstrakt und nicht konkret ist, nicht wirklich in das Glück oder Unglück der Menschen eingreift.“

Frigga Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in:
Die Vier-in-einem-Perspektive, 2011, S. 258

Für uns gehören marxistische und feministische Theorie und Praxis zusammen. Das heißt, dass wir die Klassenverhältnisse im Kapitalismus ebenso in den Blick nehmen wie die Hierarchien zwischen den Geschlechtern im Patriarchat. Wir stellen fest, dass beide miteinander verwoben sind und sich immer wieder gegenseitig bedingen als auch unabhängig voneinander wirkmächtig sind. Der Kapitalismus bedient sich den bestehenden patriarchalen Strukturen: er beutet auf diesem Wege

Frauen* nicht nur stärker aus, sondern nutzt auch deren marginalisierte Stellung in der Gesellschaft im Sinne der Profitmaximierung auf spezielle Weise aus. Insofern sind der Kapitalismus und patriarchale Strukturen eng verzahnt und verstärken einander. Marxistischer Feminismus bedeutet für uns jedoch nicht allein das Streben nach Gleichberechtigung von Frauen* und Männern*, sondern eine emanzipatorische Philosophie der Praxis für alle Menschen.

Marxismus und Feminismus bilden deshalb die Grundpfeiler unseres politischen Denkens und sind Teil unserer Praxis im SDS, der LINKEN und linken Bündnissen. Marxismus und Feminismus sind nun aber Begriffe, die über die Jahrzehnte verschiedenen besetzt und interpretiert wurden. Es gibt viele Marxismen und Feminismen. So lehnen wir einen Marxismus, der die kapitalistische Gesellschaft auf die Produktionsverhältnisse reduziert ebenso ab wie einen Feminismus, der seinen Blick vor der Klassenfrage verschließt. Wir wollen an dieser Stelle kein Namedropping betreiben. Wir beziehen uns in unserer Theoriebildung ganz unterschiedlich und mit verschiedenen Schwerpunkten auf marxistische und neomarxistische Theoretiker_innen. Was für uns daraus folgt, ist eine Analyse der Hochschule und der Gesellschaft und daran anschließende Aktionen. Das wollen wir im Folgenden näher ausführen.

II. Emanzipatorischer Bildungsbegriff

„Der Staat muss die individualisierten Agenten auf die Klassen verteilen, er muss die Agenten so formieren und abrichten, qualifizieren und unterwerfen, dass sie diese oder jene Klassenstelle einnehmen können, an die sie nicht von Natur oder durch Geburt gebunden sind; darin liegt die Rolle der Schule.“

Nicos Poulantzas, Staatstheorie, 2002, S. 103

Bereits im *Manifest der Kommunistischen Partei* hob Marx hervor, dass es nicht primär auf die Klassenzugehörigkeit ankomme. Der Klassenstandpunkt sei entscheidend. Ein „Bourgeoisideologe, welche[r] zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet habe“ (MEW 4, S. 471 f.) könne oft mehr zum Klassenkampf beitragen als nicht geschulte Proletarier_innen. Dieses Beispiel verdeutlicht, welche Bedeutung die politische Bildung für die politische Arbeit hat. Wer sein Klasseninteresse nicht kennt, kann es nicht vertreten. Wer die Klassenherrschaft hingegen durchschaut hat, kann sich im Zweifelsfall von der herrschenden Klasse lossagen „und sich der revolutionären Klasse anschließ[en], der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt“ (ebd.).

In unserer heutigen Gesellschaftsformation nimmt die Bildung einen noch höheren Stellenwert ein. Dies ergibt sich aus den veränderten Produktionsverhältnissen. Klassenbewusstsein ist im Fordismus, wenn die Kolleg_innen jeden Morgen zu Tausenden durch die Werkstore strömen, leichter herzustellen als Heute. In Zeiten des Postfordismus ist die Produktion dezentralisiert. Die Transportkosten sind so gering geworden, dass es profitabel ist, die Teilschritte der Produktion an jeweils den Ort zu verlegen, an dem die Produktion des speziellen Bauteils am günstigsten ist. Damit ist nicht mehr nur der Handel international, sondern auch die Produktion selbst international geworden. Das bedeutet, dass die Wertschöpfungskette sich über den gesamten Erdball erstreckt.

Die veränderte Produktion veränderte auch die Anforderungen an die Arbeiter_innen. In den Zentren des Kapitalismus wird heute verstärkt eine Arbeitskraft gebraucht, die in Ansätzen denkende und planende Tätigkeiten ausführt. Die Arbeiterin, die Reklamationen aus der ganzen Welt bearbeitet oder der Arbeiter, der die Verschickung von Paketen organisiert, hat eben eine andere Tätigkeit als die Fließbandarbeiter_innen des Fordismus. Diese Ausbreitung lenkerisch-planerischer Tätigkeiten bis weit in die Arbeiter_innenklasse herein machte die – eigentlich von unten erkämpfte – Öffnung der Universitäten, Hochschulen und Gymnasien notwendig für das

Kapital. Sie macht für das Kapital aber auch eine Umgestaltung dieser Bildungsinstitutionen nötig. Die Arbeitskraft braucht – unter Maßgabe der mit der Ausbildung verbundenen Kosten – nur so weit ausgebildet werden, wie es zur Erfüllung ihrer Aufgabe in der Produktion notwendig ist. Daher dient die Ausbildung an den Hochschulen und Universitäten heute einer Vermittlung von Kompetenzen, aber gleichzeitig durch das BA/MA-System auch einer Passivisierung. Durch die Durchstrukturierung des Lehrplanes, durch die Verhinderung geistiger Freiräume per hohem Workload, durch die Zurückdrängung kritischer Wissenschaften, wird nur Arbeitskraft gebildet, kein Mensch. Diese Arbeitskraft ist ebenso nur ein Zahnrad im Getriebe kapitalistischer Wertschöpfung wie die Fließbandarbeiter_innen. Die Arbeiter_innen haben nur eine kleine Aufgabe – nun verstümmelt geistiger Natur – zu erfüllen. Sie bleiben dabei ohne Kontrolle oder Einblick in die Gesamtstruktur der Produktion. Die Entfremdung wird keineswegs aufgehoben, sondern nur transformiert.

Im Gegensatz zur passivisierenden Hochschule im Kapitalismus müssen wir Sozialist_innen eine emanzipatorische Bildung aufbauen. Dabei geht es auch um die allgemeine Emanzipation eines Menschen durch anregende geistige Auseinandersetzung als Selbstzweck. Doch auch die Kampfbedingungen im Hier und Jetzt und die Organisierung sozialistischer Produktion und Reproduktion werden von ihr entscheidend konstituiert. Bildung muss dafür einen anderen Charakter haben. Sie muss den Menschen aktivieren, selbst zu denken. Sie muss ihm die Freiräume geben, selbst zu denken. Sie muss ihm die Möglichkeit geben, Problemfelder zu überblicken und selbst zu denken. Dafür müssen wir für eine grundlegende Umgestaltung des Studiensystems hin zu einem entzerrten System mit einer Selbstkontrolle und Selbstorganisation der Studierende über ihr Studium kämpfen. Unser Ziel muss es in der Universität sein, Menschen zu aktivieren, ihre Geschicke selbst zu regeln. Wenn sie das können, werden sie auch nach der Universität selbstdenkende Wesen sein. Wie dieser Anspruch konkret im Kampf ausbuchstabiert wird, wollen wir im folgenden Teil darlegen.

III. Hochschulpolitik und Wissenschaftspolitik

„Die [...] Widersprüche implizieren, dass Bildung und Wissenschaft nicht in ihren kapitalistischen Funktionen aufgehen, sondern selbst zum Kampffeld werden. [...] [Es] hängt von den sozialen Kämpfen ab, die direkt oder indirekt darum geführt werden. Tarifauseinandersetzungen [...], die unmittelbar gar nichts mit Bildung und Wissenschaft zu tun haben, beeinflussen deren Entwicklung gleichwohl. Umgekehrt gilt, dass die Auseinandersetzungen auf dem Terrain der Bildung und der Wissenschaft Teil der Klassenkämpfe sind, die die Gesellschaft strukturieren.“

Emanuel Kapfinger & Thomas Sablowski: Stellung und Funktion des Bildungswesens in der kapitalistischen Gesellschaft, 2010, S. 10

„Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“

Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, 1899, Vorwort

Hochschulen reproduzieren die gesellschaftliche Elite wie auch die lohnabhängigen Fachkräfte für die zunehmend verwissenschaftlichte Produktion. Ebenso liefern sie legitimatisches Herrschafts-

und Expert_innenwissen, können aber auch als Plattform für kritische Wissenschaft und Diskussion über emanzipatorische Gesellschaftspolitik dienen. Über den Charakter der Hochschulen entscheiden die dort ausgetragenen Auseinandersetzungen. Hochschulen sind demnach ein stark gesellschaftlich umkämpfter Ort, der nicht jenseits der Gesellschaft steht, sondern mit den gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen um beispielsweise Lohn-, Bildungs- und Friedenspolitik eng verflochten ist.

Daher möchten wir die SDS-Position bestärken, Hochschulpolitik als allgemeine Gesellschaftspolitik zu betrachten, d.h. gesamtgesellschaftliche Konflikte in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen herauszuarbeiten. In dem Sinne lassen sich die Bologna-Reform und die damit verbundene Einführung des BA/MA-Systems als Verstärkung der neoliberalen Verwertungslogik, soziale Repression gegenüber den Studierenden und zunehmenden Zwang zur Selbstoptimierung des vereinzelt Wissenschaftssubjekts zur Akquirierung von "Human-Kapital" aufdecken und als solche bekämpfen.

Eng damit verbunden ist das Konzept der „Gewerkschaftlichen Organisierung“, welches vom MSB Spartakus in den Auseinandersetzungen der 70er und 80er Jahre entwickelt worden ist. Es meint, dass wir als sozialistische Aktivist_innen Studierende an der Hochschule wie in einer Gewerkschaft organisieren sollen, also ausgehend von ihren elementaren sozialen Interessen. Das kann die Studienfinanzierung, Mietpreissteigerungen in den Studentenwerken oder der Kampf gegen Fristen- und Anwesenheitsregelungen sein. Dafür unablässig ist die Verankerung in der studentischen Selbstverwaltung. Dort müssen wir aufklären und für sozialistische Positionen und eine entsprechende Bündnispolitik – u.a. mit Gewerkschaften und Friedensbewegung – streiten. Das heißt aber auch, einer weiteren Entrechtlichung der Verfassten Studierendenschaft (wie beispielsweise die Austrittsoption in Sachsen) entgegenzuwirken. Vielmehr sollten wir den demokratischen Charakter dieser Institutionen studentischer Interessenpolitik, in der Tradition ihrer Erkämpfung, ausbauen. Das ist in Bayern der Kampf für die Wiedereinführung offizieller Interessenvertretung der Studierendenschaft. Andernorts gilt es reine Stellvertreter_innenpolitik von Referent_innen in StuRa- wie in AStA-Systemen zu überwinden und Hochschulgremien partizipativ zu gestalten.

Wissenschaft und Forschung in einer kapitalistischen Gesellschaft kann nicht frei von Interessen sein. Daher treten wir für einen kritischen Gesellschaftsbezug von Forschung und Lehre ein. Wir verbinden diesen Anspruch mit unserer Forderung nach Erhalt und Ausbau des wissenschaftlichen Personals. Ein Seminar zur „neutralen“ Betrachtung des Sarrazin-Diskurses oder eine politikwissenschaftliche Exkursion in Kooperation mit einer Bundeswehr-Akademie widersprechen dieser Entwicklung. Diese Ansicht lässt sich zur Losung „Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft“ zuspitzen, die dem Antrag zur Friedensbewegung auf dem SDS-Bundeskongress in Marburg 2014 zugrunde lag. Über diese Formulierung wollen wir als Strömung weiter diskutieren. Eine mögliche praktische Umsetzung sehen wir in der bundesweiten Erkämpfung von Zivilklauseln und dem Anstacheln von wissenschaftspolitischen Debatten in Instituts- und Fakultätsräten. Dabei sollte die Forderung „Frieden“ auch praktisch für mehr stehen als die Abwesenheit von Krieg. Strukturelle Gewalt – deren größte Zuspitzung zweifellos weiterhin militärische Konflikte aller Art sind - als Hindernis allgemeiner menschlicher Entfaltung sollte dafür im Mittelpunkt unserer SDS-Analysen stehen. Dem Kanon der strukturellen Gewalt von Konkurrenzdenken, Vereinzelung und Entfremdung als Ausdruck der neoliberalen Ideologie wollen wir sowohl patriarchale Strukturen und Sozialisationsmuster als auch Rassismus hinzufügen.

IV. Politische Bildungsarbeit nach innen und außen

*"Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit.
Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung.
Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft."*

L'Ordine Nuovo, Titelseite, 1. Mai 1919 – Erste Nummer der von Gramsci mitbegründeten sozialistischen Kulturzeitschrift

Um die ökonomischen Vorgänge zu verstehen und gesellschaftliche Entwicklungen zu begreifen, müssen die Menschen im hohen Maße theoretisch geschult werden. Ein kleiner Arbeiter_innenlesekreis zu einer Einführung in den Marxismus und das Programm der Kommunistischen Partei reichen da nicht mehr aus. In dem Bewusstsein einer fortschreitenden Fraktionierung der Subalternen sind auch Studierende (nicht alle) Teil dieser Klasse. Eine umfassende Bildung ist auch hier notwendig. Deshalb sind unsere offenen Verbandsprojekte wie die Herbstakademie (HAK), Bildungsseminare, das Frauen*förderprogramm und diverse Lesekreise (Beispielsweise Klassiker, westliche marxistische Tradition, Feminismus und Neomarxismus) von hoher Bedeutung. Emanzipatorische Bildung bei diesen kollektiven Formen der Wissensaneignung und -weitergabe bedeutet für uns marxistisch-feministische Bildung. Autonome Frauen*räume wie das Frauen*förderprogramm sind für uns elementarer Bestandteil emanzipatorischer Bildung. Die komplexere Gesellschaft verlangt eine umfassendere Ausbildung unserer Genoss_innen. Bildung hat inzwischen einen Stellenwert für das Führen der gesellschaftlichen Kämpfe erlangt, dass sie als Wert an sich Einzug in die Praxis politischer Gruppen finden sollte. Die bildungspolitische Ausrichtung auf allgemeine Emanzipation und das Setzen eines solidarischen (positiven) Menschenbilds ist zudem die Voraussetzung zur Ermöglichung einer dialektischen Gesellschaftsanalyse und für eine sinnvolle Handlungsfähigkeit als Verband.

Abzugrenzen ist dieses Ansinnen von einer Identitätspolitik, welche sich darauf konzentriert, ein diffuses Zusammengehörigkeitsgefühl bei den Menschen zu wecken. Es mag der einfachere Weg sein, aber dieses Vorgehen ist nicht von Dauerhaftigkeit geprägt und bietet keinen Kompass für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Damit ist die betriebene Politik nicht nur ziellos, auch kann den Adressat_innen von Agitation und Propaganda keine stringente Strategie und Taktik der betriebenen politischen Arbeit eröffnet werden. Anstatt also Bauchlinke zu produzieren, sollte die politische Kultur immer darauf abzielen, die eigenen Mitglieder und das Sympathisant_innenumfeld zu Expert_innen auszubilden. Die Fortbildung auch des Umfelds einer SDS-Gruppe ist ebenso wie das Vorführen der Erreichbarkeit politischer Ziele anhand kleiner Reformprojekte Basis für die Einbindung der Menschen in politische Aktivität. Die Einsicht in die Notwendigkeit zur Veränderung und die Erkenntnis, dass politisches Engagement etwas bewegen kann, fließen hier zusammen. Wer sich ausschließlich auf Aktionen verlässt, überlässt die Bildung und die Politisierung überhaupt letztlich anderen. Damit ist die eigene Gruppenpraxis aber unvollständig lückenhaft, da sie Menschen nicht von der Pike auf begleiten kann.

Fazit für eine erstrebenswerte Verbandspraxis

"Wir müssen uns abgewöhnen und aufhören, die Kultur als enzyklopädisches Wissen zu verstehen, wobei der Mensch nur als ein Gefäß gesehen wird, das mit empirischen Daten angefüllt und vollgepfropft werden muss, mit nackten und zusammenhanglosen Fakten, die er dann in seinem Gehirn wie in den Abschnitten eines Wörterbuchs rubrizieren muss (...). Wirkliche Kultur ist etwas völlig anderes. Kultur ist Disziplinierung des eigenen inneren Ichs, Inbesitznahme der eigenen Persönlichkeit und die Erlangung eines höheren Bewusstseins, mit dem man dazu kommt, den eigenen historischen Wert zu verstehen, die eigene Funktion im Leben, die eigenen Rechte und Pflichten."

Antonio Gramsci, MK, 26

Um eine nachhaltige inhaltlich-programmatische Arbeit im SDS gewährleisten zu können, sind wir auf eine Stärkung der BAKs (Bundesarbeitskreise), lebhaftes Kontroversieren, eine solidarische Streitkultur und nicht zuletzt auf Eigeninitiative unserer Genoss_innen angewiesen. Die alltäglichen Kämpfe und Auseinandersetzungen unserer Genoss_innen in ihren lokalen Gruppen sind es, die uns den Weg als Gesamtverband vorgeben sollten. Ihre Praxis sollte erfragt, gesammelt und von unten verallgemeinert werden. Deshalb halten wir die Wiederbelebung und Erneuerung einer bundesweiten Struktur für notwendig, die diese Aufgaben fördern und unterstützen kann. Austausch, Vernetzung, Zusammenfinden und die Verallgemeinerung von Praxen kommen leider selten (oder nie) von allein und bedürfen einer Form von Organisation. Wir halten den Aufbau einer Arbeitsgruppe für sinnvoll, die sich aus Vertreter_innen von Ländern und Regionen in Deutschland zusammensetzt und zur Aufgabe hat, die lokalen Gruppenpraxen zu sammeln, Gruppen zu vernetzen, bundesweit beschlossene Projekte zu verankern und gleichzeitig selbst als Organizer_innen ausgebildet zu werden. Wir möchten ein solches Konzept gern mit euch zusammen entwickeln, um den Verband zu stärken und lokal wie bundesweit handlungsfähiger zu machen. Hierbei soll es vor allem um ein gemeinsames Lernen und Weitergeben des Gelernten gehen.

Durch die Verallgemeinerung der lokalen Praxen wird eine überregional Interventionsfähigkeit an der Hochschule und darüber hinaus in die Gesellschaft erst möglich. Eine Praxis, die von der Bundesebene an die Gruppen delegiert und aufoktroiert wird, widerspricht unserem emanzipatorischen Bildungsbegriff und geht an der realen Arbeit unserer Basisgruppen vorbei. Die Herstellung überregionaler Interventionsfähigkeit endet jedoch nicht in unserer Verbandsstruktur, sondern kann durch stetige Bündnisarbeit erweitert und gestärkt werden. Dazu muss die Bündnisarbeit aber auch ernst genommen werden und auf Nachhaltigkeit ausgelegt sein. In diesem Sinne muss sich der SDS als Verband an Debatten und Organisationsstrukturen beteiligen und Diskussionsprozesse in Bündnissen mit sozialistischen Positionen bereichern.

Wenn wir einen Schwerpunkt auf die Hochschul- und Wissenschaftspolitik legen, heißt das für uns nicht, dass unsere Aktivitäten sich auf diese beschränken. Es ist für uns ein zentraler Bestandteil unserer politischen Praxis, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen, Widerstand aufzubauen und zu unterstützen. Aus der Hochschule heraus können wir dort auf verschiedenen Ebenen tätig sein. Diese Interventionen zu planen und umzusetzen, bedarf eines handlungsfähigen Verbandes, an dem alle Mitglieder die Möglichkeit haben teilzunehmen.

Um eine ernsthafte Beteiligung an Diskussionen und solidarisches Streiten ermöglichen zu können, muss Dominanzkultur innerhalb unseres Verbandes abgebaut werden. Diskussionen dienen in einem sozialistischen Studierendenverband nicht der Absicherung der Dominanz Weniger, sondern dem Lernprozess Aller. Eine Hebung der Diskussionskultur ist dabei nicht zu verwechseln mit einer inhaltlichen Harmonisierung, sondern soll die Beteiligung an Debatten für jede_n ermöglichen.

Dazu gehört auch der solidarische Umgang mit Genoss_innen, der auf gegenseitige Schuldzuweisungen verzichtet und dem innerverbandlichen Konkurrenzverhältnis immer wieder aufs Neue eine Absage erteilt, denn auch der Verband ist nicht frei von Machtverhältnissen. Ebenso wenig ist ein sozialistischer Studierendenverband frei von Geschlechterverhältnissen und Hierarchien. Dem entgegen zu treten, bedeutet die Frauen*frage immer mitzudenken. Dabei geht es nicht darum, zu essentialisieren, sondern konkret Wirkungen struktureller Gewalt zu benennen und entgegensteuern. Ebenso sollte es zu unserer Praxis gehören, gesellschaftlich frauen*politische Kontroversen (mit) zu setzen und auf feministisch-sozialistischen Kurs zu bringen wie etwa beim Frauen*kampftag.

Anhang: Lokale Gruppenpraxis

Zum Abschluss unseres Papiers sollen noch einige Punkte für die lokale Gruppenpraxis ergänzt werden, die als Orientierung für SDS-Gruppen dienen können. Auch hier besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Erfahrungen haben gezeigt, dass ein wöchentlich stattfindendes Plenum von zwei bis (maximal!) drei Stunden geeignet ist, um Aktuelles zu besprechen, inhaltliche Diskussionen zu führen, Gruppenprojekte zu planen und Arbeit in Hochschulgremien abzusprechen.

Die zu Beginn jedes Plenums stattfindende inhaltliche Diskussion klappt am besten mit einem Input einer Genossin oder eines Genossen und kann zusätzlich durch einen kurzen Text oder Zeitungsartikel zum Thema ergänzt werden. Diese Diskussionen dienen der gemeinsamen Qualifizierung und dem Argumentieren. Wir halten es für sinnvoll, sich inhaltlich auch immer wieder mit der programmatischen Grundlinie des SDS auseinanderzusetzen und diese weiterzugeben und zu diskutieren, weil wir nicht von der Selbstverständlichkeit ihrer Reproduktion im Verband ausgehen können. Darüber hinaus bietet dies die Möglichkeit einer stetigen Erneuerung von Theorie und Praxis.

In der Diskussion und beim Plenum kann es die Partizipation der Genoss_innen erleichtern, wenn ein rundenbasierter Erfahrungsaustausch stattfindet. Besonders neuen Mitgliedern kann so eine schnelle Beteiligung ermöglicht werden. Unter Umständen kann auch eine Redezeitbegrenzung hilfreich sein, um nicht nur über das eigene Redeverhalten zu reflektieren, sondern auch zu üben, mit wenigen Worten auf den Punkt zu kommen.

Ab einer Gruppengröße von mindestens fünf Menschen ist es äußerst empfehlenswert, zusätzlich thematische Arbeitsgruppen zu gründen. Daneben macht es auch Sinn, Gruppen zur Koordination und Begleitung diverser Bündnis- und Gremienarbeit in die Gruppenstruktur zu etablieren. Eine Rotation der Verantwortlichkeiten innerhalb der Gruppe hilft einerseits die Entstehung von „Machtpositionen“ zu verhindern, die durch die ständige Übernahme prestigeträchtiger Tätigkeiten erwirkt werden kann (wie die Außenvertretung der Gruppe und/oder der Sitzungsleitung). Andererseits dient die Rotation auch der Gleichverteilung unliebsamer Orga-Aufgaben wie dem Protokollschreiben, zum Plenum einzuladen oder der Streitschlichtung. In manchen Gruppen hat es sich jedoch auch als hilfreich erwiesen, eine feste Verantwortung für bestimmte Aufgaben zu benennen, die das Semester über nicht wechselt. Bei der Aufgabenverteilung in der Gruppe sollte aber darauf geachtet werden, dass die Arbeit nicht entlang von gesellschaftlichen Geschlechterhierarchien und -rollen verteilt wird. Durch wechselnde Verantwortlichkeiten ist unserer Meinung nach jedoch möglich, dass das Wissen um die Gruppenpraxis immer weitergegeben wird und nicht in einer oder wenigen Personen kumuliert. So lässt sich auch Vermeiden, dass die Gruppe darunter leidet, wenn Menschen die Gruppe verlassen.

Darüber hinaus sollten Kompetenzen wie Layouten, Rhetorik, Schreiben von Artikeln usw. an alle weiter gegeben werden. So wird allen ermöglicht in gleichem Maße an der Gruppenarbeit zu partizipieren. Das Weitergeben der Skills schult zudem die Gruppenmitglieder in der Vermittlung von Wissen und bringt jede_n abwechselnd in die Position des Lehrenden und Lernenden. Ein guter Ort zur Weitergabe von Wissen bietet unter anderem eine Klausurtagung, die mindestens einmal im Semester stattfinden sollte. Auf der Klausurtagung haben die Gruppen die Möglichkeit, sich ausreichend Raum und Zeit zu nehmen für eine Generaldebatte zur Schwerpunktsetzung, bestenfalls mit verschriftlichter Diskussionsgrundlage, welche bereits vor der Klausurtagung verschickt werden sollte. So können sich alle gleichermaßen vorbereiten und schon einmal Gedanken machen und sich dementsprechend mit Ideen in die politische Semesterplanung einbringen. Ein Frauen*plenum auf der KlauTa bietet sich ab 3-4 Frauen* an (wann und wie genau entscheiden die anwesenden Frauen*, egal in welcher Zahl, aber schließlich allein), um einen Ort des Austausches jenseits traditionell männlich sozialisierter Dominanz zu schaffen. Das selbe kann natürlich auch für das wöchentlich statt findende Plenum sinnvoll sein.

Bei allen Aktivitäten im und um die Gruppe sollte ein gutes Verhältnis von „politischen Notwendigkeiten“ und (persönlichen) Bedürfnissen der Gruppenmitgliedern gefunden werden. Dabei geht es vor allem darum, dass die persönlichen Bedürfnisse der Aktiven in der Gruppe Platz haben sollen und Überbelastung artikuliert werden können muss. Ein solidarischer Umgang in der Gruppe ist kein Mittel zum Zweck, sondern ist unserer Meinung nach ein zentraler Bestandteil sozialistischer Praxis.

Wie wir unsere Organisation und unsere Gruppenpraxis gestalten sollte unserer Meinung nach eine Alternative zu Konkurrenz und Vereinzelung sein. Unser Anspruch ist es, die Gesellschaft, die wir anstreben bereits heute in unserer Organisation so weit wie möglich zu verwirklichen. Das heißt: solidarisch und demokratisch.